

Amer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Verleger
und die Anzeigen-Verwaltung
an. — Erscheint wochentlich.
Sonderdruck: 10 Pf. Nr. 21.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. Heinrich
Kühnle, Leipzig, Postfach
1000. — Druck: Dr. Heinrich
Kühnle, Leipzig, Postfach
1000.

Telegraphische Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 17

Mittwoch, den 21. Januar 1925

20. Jahrgang

Politische Rundschau.

Die beiden neuen Minister.

Berlin, 19. Januar. Nach einem Schreiben hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Ministerpräsidenten Otto v. Schlieffen zum Reichsfinanzminister und den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Krohne, zum Reichsverkehrsminister ernannt.

Worum Dr. Meißner nicht Reichsfinanzminister wurde.

Bekanntlich ist der sächsische Finanzminister Dr. Meißner zweimal von Dr. Luther gebeten worden, das schwere Amt des Reichsfinanzministers in seinem Kabinett zu übernehmen. Die demokratische Reichstagsfraktion erklärte aber, daß Dr. Meißner gerade noch als Fachminister gelten könne, daß es ihr aber unmöglich sei, den Eintritt eines Parteifreundes in dies Kabinett ausdrücklich zu genehmigen und eine entsprechende Haltung einzunehmen. Dazu ist zu bemerken, daß es für Sachen zweifellos ein Vorteil wäre, wenn wieder einmal ein Kenner unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in einen wichtigen Posten berufen worden wäre. Die Gesamtschaft in Berlin soll seit langem in solchem Maß verlangen, daß man in Dresden schon mehr als einmal die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen hat.

Die Opposition der Zentrumswähler.

Wiesbaden, 19. Jan. Ein Vertretertag der Zentrumspartei für den Rhein- und Westfalen gegen die Beteiligung an der Regierungsbildung. In einer Entschließung sprach man das Bedauern und das Befremden aus, daß entgegen dem bekannten Beschluß vom 11. Januar 1925 das Zentrum in die überparteiliche Regierung Luther sogenannte „Verbindungsoffiziere“ zugelassen habe. Dem Volkswortführer hätte es entsprochen, wenn das Zentrum Gewehr bei Fuß gestanden hätte.

Die Handhabung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Ein Untersuchungsausschuß beantragt.

Berlin, 19. Jan. Verschiedene Fraktionen mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftsbereinigten treten heute nachmittag im Reichstag zusammen. Eingegangen ist eine Ergänzung zur Denkschrift über den Personalabbau. Ein Antrag der Deutschen Nationalen fordert die Einsetzung eines Reichstagsausschusses, um nachzuprüfen, wie weit die Reichsverfassung einerseits durch das Dekret der Entente und durch Verträge mit der Entente andererseits durch die innerdeutsche Gesetzgebung, besonders die Handhabung des Artikels 48, tatsächlich abgeändert ist und inwieweit es um der Verfassungstreu willen notwendig ist, den Wortlaut der Verfassung mit den tatsächlich angewendeten Recht in Übereinstimmung zu bringen.

Neue große Anleihehaufe.

Das Ausland hofft auf die Auswertung.

Berlin, 19. Januar. Die Nachfrage nach Anleihen an der Berliner Börse hat auch am Sonnabend und Montag früh angehalten. Im freien Verkehr werden steigende Kurse genannt, doch hält sich die offizielle Börse noch schlicht zurück. Dagegen werden in Newyorker Telegrammen des „Rotterdamschen Courant“ aus Newyork seit Freitag bis zu 20 Prozent höhere Kurse für alte deutsche Reichsanleihen gemeldet. Auch Basel berichtet verstärkte Nachfrage nach deutschen Anleihewerten.

Die neuen französischen Wirtschaftsvorschläge.

Paris, 19. Januar. Die deutsche Wirtschafts-Delegation hat die Prüfung der französischen Vorschläge noch nicht beendet. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß bereits im Laufe des morgigen Nachmittags eine Antwort erteilt werden wird. Wie die „Telunion“ erfährt, umfassen die französischen Vorschläge an die deutsche Delegation folgende vier Punkte:

1. Waren, für die der gegenwärtige Zinsbestimmungen eingehalten wird.
2. Waren mit erhöhtem Zinsbestimmungen. (Die Erhöhung des Zinses wird von der Zustimmung der deutschen Delegation abhängig gemacht.)
3. Waren mit Maximaltarifen.
4. Kontingentierte Waren mit Zinsbestimmungen.

Neue Kreditkündigungen ans Tageslicht gezogen.

Kassel, 19. Jan. Auf Grund der Vorgänge in der Bundeskreditkassa in Kassel sind heute auf Anordnung der Untersuchungsrichter der Bundesrat Dr. Poppel von der Bundeskreditkassa in Kassel sowie die Kaufleute Gebrüder Wilhelm und Fritz Kapfenstein wegen Bestechung und Betruges ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Dr. Poppel hat der Maschinenfabrik Magnus Kapfenstein umfangreiche Kredite vermittelt, für die nur eine ganz beschränkte Sicherheit vorhanden war. Außerdem hat er noch Privatdarlehensgeschäfte mit der Firma Kapfenstein gemacht.

Dr. Luthers Regierungserklärung.

Berlin, 19. Januar.

Die Tribünen sind schon lange vor Beginn der Sitzung überfüllt, insbesondere die Diplomatenloge. Auch auf der Journalistentribüne haben sich die Ausländer besonders zahlreich eingefunden.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 8.20 Uhr und verliest das amtliche Schriftstück über die Ernennung des Reichskanzlers Dr. Luther und der neuen Reichsminister. Neu sind nur als Finanzminister v. Schlieffen und als Reichsverkehrsminister Dr. Krohne.

Aufgenommene einer Regierungserklärung.

Am 8.25 Uhr betritt der Reichskanzler mit dem neuen Kabinett den Saal.

Reichskanzler Dr. Luther

erhält sofort das Wort und wird von den Kommunisten mit minutenlangen Annesstücken empfangen.

Reichskanzler Dr. Luther dankt zunächst dem scheidenden Kabinett, besonders dem Reichskanzler Marx. Das Kabinett Marx, so führte der Kanzler aus, hat auf dem von Rückschlüssen bedrohten, dornenreichen Wege des deutschen Volkes einen demütigen und bedeutungsvollen Weg zur Gesundung Deutschlands zurückgelegt. Auf dem Wege der Gesundung weiter dem klaren Ziele des deutschen Wiederaufbaues zuzuschreiten, wird die Aufgabe der neuen Reichsregierung sein. Die Politik der neuen Reichsregierung wird

völlig auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes eingestellt

sein. Die Regierung wird sich dabei nach Möglichkeit von Parteiregierung fernhalten und wird sich bemühen, in lebendigem Zusammenhang mit dem Volksganzen zu bleiben. Sie wird die Zusammenarbeit im Reichstage nicht nur mit den Parteien suchen, die in der Regierung durch Vertrauensmänner vertreten sind, sondern mit allen Parteien, die in staatsbewahrender Gesinnung praktische Mitarbeit leisten wollen, damit die schwereren Entscheidungen, vor denen Reichstag und Reichsregierung stehen, auf möglichst breiter Grundlage bewirkt werden.

Zu war notwendig, daß eine Regierung gebildet wurde, die, wenn sie auch keine parteipolitische Koalition darstellt, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. Für mich war bei der Kabinettsbildung in erster Linie der Wille maßgebend, zu verhindern, daß aus der Regierungskrise eine Staatskrise wurde. Das ist auch der Wille meiner Kollegen im Kabinett. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, eine Veränderung auf gewalttätigem oder sonst ungesetzlichem Wege herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Im übrigen wird sie sich angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung und ihre Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesunder. Nachzuprüfen haben wir auch die Regelung der Beziehungen des Reiches zu den Ländern; ihr Eigenleben soll geachtet und auch in der Handhabung der Reichsregierung sorgfältig beobachtet werden. Die Reichsregierung wird ihr besonderes Augenmerk auf die innere Wahrhaftigkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens richten und die im Beamtentum lebendigen Kräfte besonderer Eingebung an das Staatswesen fördern. Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der

Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen. Ihre Richtung wird auch für die neue Regierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die in Gemäßheit dieser Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden von uns lokal durchgeführt werden, wie wir die lokale Durchführung dieses Abkommens auch von unseren Vertragspartnern erwarten müssen. Die politische und seelische Entspannung des deutschen Volkes ist leider durch die

Restriktionen der Münner Rom

sehr beeinträchtigt worden. Wir wiederholen die Stellungnahme der früheren Reichsregierung zur Richtkammer. Die Richtkammer enthält einen offensichtlichen Widerspruch gegen den Geist und die Grundanschauungen, die im Londoner Abkommen lebendig geworden waren. Hinsichtlich der Begründung mit angeblichen „Verfä-

lungen“ Deutschlands in der Entlohnungsfrage wiederholt die Reichsregierung das Bedauern an die Militärs, ihr das angekündigte Material in kürzester Frist mitzutellen. Sie wird alle Kräfte daran setzen, diese Verhandlungen die allmähliche Klärung der Londoner Zone zu erzielen. Zur sonstigen Ausführung des Londoner Abkommens stellt die Reichsregierung mit Befriedigung fest, daß die Zusammenarbeit mit den ausländischen Verwaltungsstellen sich bisher in sachlicher Weise und ohne Reibungen vollzogen hat. Ich werde in voller Übereinstimmung mit dem Kabinett mich bemühen, die Ausführung der mit dem Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu sichern, mich aber auch mit demselben Nachdruck bemühen, die sich als notwendig erweisenden Erleichterungen und Verbesserungen zu erreichen. Die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund ist niedergelegt in dem Memorandum der früheren Reichsregierung und in dem Schreiben, das an das Sekretariat des Völkerbundes ergangen ist. Nachdem am 10. Januar die durch den Versailler Vertrag auferlegte Fessel der einseitigen Weisung gefallen ist, wird die Reichsregierung sich bei den Handelsvertragsverhandlungen gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken. Auf allen Wirtschaftsgebieten wollen wir dazu helfen, daß alle schaffenden Kräfte des Volkes zu höchster Leistungsfähigkeit entfaltet werden. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus deutscher Scholle und die Stärkung der inneren Kräfte sind das Ziel. Die Befreiung aller unnötigen und die breite Masse der Verbraucher ausbeutenden Verteuerungen wird auch die neue Regierung weiter erstreben. Nur durch Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft kann die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu leisten und weiter auszubauen. Die Gesetzgebung zum

Ausbau der sozialen Versicherungen

ausbauen der sozialen Versicherungen sollen baldmöglichst dem Reichstag zugeleitet werden. Dazu gehört auch ein Gesetzentwurf zur Erleichterung der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung wird weiter baldmöglichst einen Arbeitslosen-Gesetz den gesetzlichen Körperschaften unterbreiten. Die blickliche Arbeitszeitgesetzgebung stellt ein durch besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Bedürfnis dar, die aus ihr erwachsenen politischen Schwierigkeiten schnell beseitigt werden, wie es die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zuzieht. In der Lohn- und Gehaltsfrage sollen Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zugute kommen. Die Industrie soll verbessert werden. Im Abbau der Zwangswirtschaft wird die Regierung fortfahren, es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot einverstanden ist. Dabei wird sie sorgfältig die wirtschaftlich Schwachen und die hinterlassenen Familien berücksichtigen und nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Ausbeutung freiverdender Räume vorsehen.

Zur Auswertungsfrage

werden dem Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorschläge unterbreitet werden, die endgültiges Recht schaffen sollen. Dabei soll in vollem Verständnis für die Notlage insbesondere der alten Sparspar in Ergänzung der dritten Steuernotverordnung im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden. Weiter sind Gesetze in Vorbereitung, die eine systematische

einheitliche, wirtschaftliche, richtige und sozial gerechte Besteuerung in klarer, einfacher Form herbeiführen sollen. Die steuerliche Belastung des deutschen Volkes wird zwar immer außerordentlich hoch bleiben, die Steuern dürfen aber nicht so bedrückend sein, daß sie die wirtschaftliche Erzeugung lähmen oder der arbeitenden Bevölkerung eine nicht tragbare Belastung auferlegen. Deshalb soll der Abbau jeder übermäßigen Besteuerung, die im letzten Jahre zur Befreiung der Währung nötig war, nach Möglichkeit fortgesetzt werden. Unsere auf kritischer Grundlage erworbene Kultur muß vertieft und ihre Güter müssen in möglichst großem Umfange auch den Nichtdemokraten zugänglich gemacht werden. Im Rahmen des verfassungsmäßigen Zustandes hofft die Reichsregierung, ein seit langem vorbereitetes Reichsschulgesetz dem Reichstag demnächst vorlegen zu können. Die Verabschiedung des bereits vorgelegten Haushaltsplanes wird erst möglich sein nach der Beantwortung verschiedener Vorfragen, wie Währungs-, Finanz-, und steuerliche Gesetzgebung.

Der Reichskanzler schließt: Die Reichsregierung wird ihr Bestes tun, um das deutsche Volk einer dauernden Gesundung zuzuführen. Botschaft wird die folgende sein:

„Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen.“

„Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen.“

„Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen.“

„Wir sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebenshaltung des Beamtentums einzusetzen. Gerade in der Staatsform der Republik ist die Pflege des Staatsgedankens erstes Erfordernis staatlicher Kraft. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, den konfessionellen Frieden zu hüten. Mit ihrer Außenpolitik will die Reichsregierung der Herbeiführung eines wirklichen und dauerhaften Friedens dienen.“

herei

auswird.

Leichtmittel in

geschloffen.

ig.

Erzgebirge

381.

ure. In

9 Pfd.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.

ssen

elung.

at angeben.

tenlos.

1000.

61.